EVP Info
Zeitschrift für Evangelische Volkspolitik
Thurgau
Nr. 38 / November 2014

Aktuell

„Bonne chance“

So nennt sich ein bekanntes Französisch-Lehrmittel. Zu Deutsch: Viel Glück. Dem Frühfranzösisch ist im Thurgau aber kein Glück beschieden. Der Grosse Rat stimmte der Motion „Französisch erst auf der Sekundarstufe“ zu. (Weiter auf S. 3)

Nein zur Ecopop-Volksinitative

Sie will die jährliche Bevölkerungszunahme in der Schweiz auf 0,2% begrenzen und 10% der Entwicklungsgelder für Familienplanung in diesen Ländern reservieren. Heute wächst das Schweizer Volk rund 1% pro Jahr. (Weiter auf S. 4)

Goldinitiative

Warum unterschreibt der Präsident des Bankrates unsere 100-er-Note? Warum Mario Draghi die Euro-Noten? Sie garantieren damit die Aufrechterhaltung der Zahlungsfunktion der entsprechenden Geldnoten. Der Wert einer Banknote besteht gewissermassen im „Vertrauen“ gegenüber der ausgebenden Notenbank. Nun stellen Teile der SVP die Frage genau nach dieser Vertrauenswürdigkeit der SNB. Denn das Geld, welches sie herausgibt, ist nur noch mit rund 7% durch Goldreserven gedeckt. Diese Frage darf man stellen.
Auch die EVP hat verschiedentlich Handlungsbedarf in Sachen Finanzpolitik ausgemacht. Trotzdem lehnen wir die Goldinitiative ab. Auszugsweise 2 Gründe: Was machen Goldreserven für einen Sinn, wenn man sie in Notzeiten nicht verkaufen darf? Und wer sagt denn, dass Gold seinen Wert konstant behält? Argumentarium auf: www.evppev.ch. (mz)

Nein zur Pauschalbesteuerung

Katastrophenwarnung ist unnötig
„Für KMU brandgefährlich“, so titelt die Gewerbezeitung am 3.10.14 ihren Artikel gegen die Abschaffung der Pauschalbesteuerung. „Vertreiben wir die Pauschalbesteuerten, müssen wir Schweizer Milliardenlöcher stopfen“, lautet die Bildlegende zur Schreckenszeichnung. Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Im Jahr 2010 betrug der Ertrag aus Pauschalbesteuerung bei Bund, Kantonen und Gemeinden Fr. 668 Mio (2012: 695 Mio), das sind 0,55% der Gesamtsteuereinnahmen, wahrlich **kein brandgefährliches Ausmass!**

Die Fakten
Schweiz: Antrag auf Pauschalbesteuerung können reiche Ausländer stellen, wenn sie hier leben, ihr Erwerbseinkommen aber im Ausland erzielen. Den Antrag stellen sie nur, wenn sie damit Steuern sparen. Im 2012 gab es 5'634 Pauschalbesteuerte, ein Drittel davon Rentner, besonders viele wohnen in der Westschweiz.
Kanton Zürich: Ende 2010 hob ZH die Pauschalbesteuerung auf, gemäss dem Volksentscheid.

92 Pauschalbesteuerte zogen weg, 12,2 Mio Franken Steuern fielen aus. Die verbliebenen 109 bezahlten gemäss regulärem Tarif 13,8 Mio mehr Steuern. Es resultierten **Mehreinnahmen** von 1,6 Mio, wobei die Steuern der neuen Bewohner der leer gewordenen Villen nicht eingerechnet sind. **Es gab keine Milliardenlöcher zu stopfen.** Warum beachten Gewerbeverband und bürgerliche Parteien diese Fakten nicht? Warum wehren sie sich so lauthals für die Pauschalbesteuerung? Da dürften wohl handfeste Eigeninteressen im Spiel sein.

Die ethische Sicht
Die Pauschalbesteuerung ist ungerecht: Reiche Ausländer profitieren von tieferen Steuersätzen als Schweizer. Das kratzt an der Steuermoral des Volkes.
Sie passt nicht zu einer christlichen, barmherzigen Migrationspolitik: Reiche Ausländer werden durch Steuervorteile ins Land gelockt, arme und vor Elend geflüchtete Ausländer werden mehrheitlich hart abgewiesen.

Schlussfolgerung
Die Abschaffung der Pauschalbesteuerung in bisher 6 Kantonen zeigt, dass **die Schweiz mehr zu bieten hat.** Gut die Hälfte der Pauschalbesteuerten blieb hier. Wird der Besitzer von Schloss Weinfelden (Foto) zu ihnen gehören? Wir laden ihn dazu ein.
Die Delegierten der EVP CH stimmten der Abschaffung der Pauschalbesteuerung klar zu (73:5). (rs)

Neuer KR

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

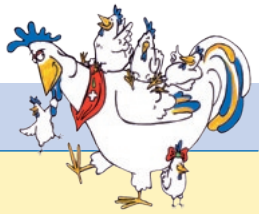
Seit meiner Jugend interessiert mich Politik. Als Gemeindepfarrer wollte ich nicht in einer Partei tätig sein. Dies ist für das kirchliche Leben abträglich. Es gäbe immer Mitglieder, für die der Pfarrer in der falschen Partei politisiert. Seit einigen Jahren bin ich frei und setze mich vermehrt für das politische Leben in der Region, dem Bezirk und als Delegierter im Zentralvorstand der EVP ein. Mir macht es Freude, mich in politische Prozesse einzubringen.

Ab November sitze ich nun im kantonalen Parlament. Ich freue mich auf die Arbeit in der Fraktion und im Grossen Rat, auf viele Begegnungen über die Parteigrenzen hinaus und mit Exponenten der Regierung und Verwaltung.

Mein Herz schlägt für die Schule (ich war knapp 2 Perioden in der Schulbehörde Hauptwil), berufsbedingt für das Sozial- und Gesundheitswesen und für die Wirtschaft, insbesondere für die Gemeinwohlökonomie. Diese legt ihr Augenmerk auf Nachhaltigkeit, haushälterischen Umgang mit Ressourcen; der Mensch als Arbeitskraft ist vermehrt im Focus und nicht in erster Linie Gewinnmaximierung. Die zu Beginn der Wirtschaftskrise dezidiert geäusserten Voten auch namhafter Wirtschaftsvertreter, dass es nicht so weiter gehen dürfe, sind leider fast vollständig verdunstet wie Nebel in der Sonne!

Ich bin mir bewusst, dass ich als Kantonsrat die Welt nicht verbessern kann, aber ich will dazu beitragen, dass unser schöner Kanton mit intakten sozialen Strukturen und überschaubaren Lebensräumen erhalten bleibt und unsere christlichen Wurzeln nicht weiter erodieren. Dafür setze ich meine Kraft und meine Fähigkeiten ein.

Hansjörg Haller,
Pfarrer,
Hauptwil,
hansjoerg.haller@
evp-thurgau.ch



Ein Plädoyer für die Familie

Leitartikel

Familien fördern – Zukunft bauen

Das neue Familienrecht
Am 27.6.14 eröffnete Bundesrätin Sommaruga eine Tagung zur Revision des Familienrechtes. Zugrunde lag das Gutachten der Basler Rechtsprofessorin Ingeborg Schwenzer. Es will die Ehe zu einem symbolischen Institut herabstufen zugunsten von „Lebensgemeinschaften", denen die Familienrechte zukommen, beispielsweise das Adoptionsrecht auch für unverheiratete und homosexuelle Paare. Zudem will Schwenzer Polygamie und Inzest erlauben.
Schwenzers Ideen sprengen althergebrachte Werte, ohne sie durch etwas Besseres zu ersetzen. Dadurch bleiben bildlich gesprochen nur die Trümmer liegen. Immer weniger Strukturen, immer mehr Individualismus, immer weniger Gemeinsamkeiten.

Gesellschaftlicher Wunsch nach Intimität und Halt
Familien werden in der Schweiz zwar kleiner und weniger. Trotzdem sind verheiratete Paare nicht in der Minderheit. Ende 2013 waren gemäss BFS 43% der Personen im heiratsfähigen Alter verheiratet, ebenfalls 43% ledig, 5% verwitwet und 8% geschieden. In einer Umfrage des Zürcher Psychologieprofessors Guy Bodenmann gaben **97% der Jugendlichen an, dass für sie eine feste Beziehung zu den wichtigsten Dingen im Leben gehört.** Dass die Realität anders aussieht, hat mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu tun, mit dem oft beklagten Lust- und Laune-Prinzip oder mit einer Bindungsphobie nach Enttäuschungen.

Die EVP will Familien vermehrt fördern
Damit Kinder sich gut entwickeln, brauchen sie das gesunde Umfeld der Familie und die Bereitschaft der Eltern, die nötige Zeit und Energie aufzuwenden und oft auch finanziell zu verzichten. Die EVP fordert, Familien finanziell zu entlasten und wo nötig mit **Ergänzungsleistungen** zu unterstützen wie in den Kantonen Solothurn und Tessin. Damit Eltern frei wählen können zwischen Eigenbetreuung, Kita oder Tagesmutter, sind **Betreuungsgutscheine** statt Krippensubventionen einzuführen. Die EVP propagiert ausserdem ein breites Bildungsangebot zur Pflege der Paarbeziehung, zum Erlernen von Vergebung und Liebesfähigkeit. Im Workshop „Familie" am EVP-Anlass vom 6. Nov. (siehe S. 5) arbeiten wir daran.

Offener Brief der CH-Stiftung für die Familie (SSF) an BR Sommaruga
Die EVP unterstützt den Einwand der SSF, dass eine einseitig juristische Perspektive bei der Revision des Familienrechtes zu kurz greift. Die SSF weist unter anderem auf die massiven volkswirtschaftlichen Kosten von Scheidungen hin und bittet: „Es scheint uns wichtig, dass Ihr Amt noch mindestens ein Gutachten eines Paar- und Familienforschers einholt, das die sozial-psychologische Perspektive beleuchtet." (aw/rs/mz)

Aufregung im Sprachenstreit

Der Thurgau kippt das Frühfranzösisch aus der Primarschule

Bonne chance *(Fortsetzung von Seite 1)*

Frühfranzösisch adieu – Jetzt sind neue Wege gefragt, welche die französische Landessprache und damit den schweizerischen Zusammenhalt stärken.

Das Thurgauer Volk stimmte im Jahr 2006 zwei Fremdsprachen in der Primarschule zu. Erst seit dann werden Englisch und Französisch parallel vermittelt. In den letzten Jahren aber erwies sich dies für eine Mehrheit der Lehrerschaft und der Kinder als Belastung. Leistungsschwache Kinder konnten lange nicht dispensiert werden.

Zudem haben die Schüler auch mit dem Deutsch immer mehr Mühe.

Die Mittelstufe steht seit 2006 unter Druck, nicht nur im Thurgau. Viel Lerninhalt muss in wenig Lektionen vermittelt werden. Die Thurgauer Lösung, Französisch wieder der Oberstufe zuzuweisen und sich auf Deutsch und Englisch zu konzentrieren, wird medial zu einem Sprachenkrieg hoch geschaukelt. Der Thurgau verabschiede sich von der Westschweiz, heisst es.

Französisch erleben

Diesem Vorwurf begegnet unser Kanton konstruktiv: Vorgesehen ist eine Konzentration der Französisch-Lektionen auf der Oberstufe, ausserdem Klassenaustausch und Lager in der Westschweiz. Begegnungen und positive Erfahrungen sollen die Lernmotivation stärken. Schliesslich ist die Kompetenz am Ende der obligatorischen Schulzeit entscheidend und nicht die Anzahl Jahre des Unterrichts. Mit diesen Massnahmen wird die Aufhebung des Frühfranzösisch bestens aufgefangen. (dg/mz)

Argumente zum Frühfranzösisch:

„Aus meiner Sicht gibt es vernünftige Gründe sowohl für Französischunterricht ab der 5. Klasse (Lehrkräfte werden ausgebildet, Bildungschance, das Sprachstrukturgefühl schulen), als auch für Französischunterricht ab der 7. Klasse (Leistungsentlastung für Schüler in der Mittelstufe, Stoffentlastung für Lehrer zu Gunsten anderer Inhalte). Mir ist wichtig, dass es eine pädagogische Diskussion bleibt und nicht um die Minderachtung der Sprache oder gar der Westschweizer geht."

Ramona Rätz,
5. Semester PH TG
zur Primarlehrerin

„Schade! Den Kindern, welche gerne Fremdsprachen lernen, stiehlt der Grosse Rat das Frühfranzösisch, nur weil etliche Kinder und Lehrpersonen damit überfordert sind. Es wäre sinnvoller, die Abwahl zu erleichtern." *Regula Streckeisen, Präsidentin EVP TG*

„Didaktisch und methodisch können Jugendliche mit zeitgemässen audiovisuellen Lernpaketen besser zum Lernen motiviert werden. Französisch als Landessprache kann auch so erste Priorität haben." *Wolfgang Ackerknecht, Kantonsrat (KR)*

„Fünf Jahre lang eine Sprache zu unterrichten mit nur 2 - 3 Wochenstunden ist wenig effizient und langweiliger als 3 Jahre lang mit 4 bis 5 Wochenstunden. Man ist lange an den gleichen Lektionen und kommt nicht spürbar vom Fleck." *Urs-Peter Beerli, KR*

„Die Mittelstufe ist zu sprachenlastig. Es braucht Zeit, Grunderfahrungen zu sammeln, Kompetenzen in Natur, Technik, Geschichte, Geografie, ICT, Religion zu entwickeln und die Welt um sich herum kennenzulernen." *Doris Günter, KR*

„Das aktuelle Niveau bei den Schülern, die nach der 1. Sek. Französisch abwählen ist tief. Bei 3 Jahren Französisch in der Sek mit erhöhter Lektionszahl wird das Niveau steigen." *Elisabeth Rickenbach, KR*

„Französisch ist Welt-, Kultur- und Landessprache; wunderschön auszusprechen, wichtig zu verstehen und schwer zu lernen. Im Gegensatz zum Englisch, welches die Lernenden rasch mit Fortschritt belohnt, findet man den Zugang zum Französischen eher via Grammatik. Um die komplexen Regeln zu verinnerlichen braucht es kognitive Leistungsfähigkeit. Diese ist auf der Primarschulstufe noch nicht so ausgebildet. Deshalb prophezeie ich dem Lernfortschritt auf der Oberstufe grösseren Erfolg. In der Primarschule bereits mit Franz-Unterricht zu beginnen ist für mich denkbar, am liebsten als Freifach, aber es ist für eine erfolgreiche Französischlaufbahn nicht notwendig."

Michael Zingg,
Sekundarlehrer,
Weinfelden,
michael.zingg@
evp-thurgau.ch

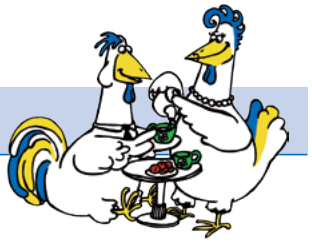
Mein Weg zur Politik und zur EVP

Meine Eltern vermittelten mir in meiner frühesten Kindheit, wie wichtig es ist, sich in der Politik für die Allgemeinheit einzusetzen. Als Fürsorger der Gemeinde hat mein Vater viele Jahre Menschen betreut, die am Existenzminimum leben mussten. Er half ihnen, mit wenig Geld ihr Leben zu meistern. Beeindruckt hat mich jedoch, wenn meine Eltern an Weihnachten Menschen, die von der Fürsorge abhängig waren, zu unserem Fest einluden. Diese gelebte Solidarität hinterliess bei mir tiefe Spuren – denn Worte und Taten stimmten überein. Mit 35 Jahren entschloss ich mich, einer Partei beizutreten. Dabei war für mich das Wichtigste, dass meine Partei die christlichen Werte hochhält und danach handelt. Solidarität, Glaubwürdigkeit, Verantwortung gegenüber Mensch, Tier und Umwelt. All dies fand ich bei der EVP.

Thomas Schäfli,
Bezirkspräsident
EVP Kreuzlingen,
Leiter Hausdienst
PHTG, Tägerwilen

Grosser Rat Thurgau / Ecopop-Initiative

Ein Abschied / Eidgenössische Abstimmung vom 30. November 2014



Rückblick auf mein Kantonsratsmandat 2002-2014

Meine „Karriere" im Grossen Rat des Kantons Thurgau entsprang keiner längerfristigen Lebensplanung. Ich hatte gefälligkeitshalber bei den Wahlen 2000 auf der EVP-Liste kandidiert. Nach zwei Jahren erfolgte der geplante Rücktritt der bisherigen Kantonsrätin. Der vor mir rangierte Kandidat hatte kurzfristig eine berufliche Veränderung vollzogen und konnte das Amt nicht übernehmen. So kam die Anfrage an mich. Meine Begeisterung hielt sich in Grenzen, doch ich sagte zu, weil ich keine stichhaltige Ausrede hatte und durchaus bereit war, meinen Anteil Verantwortung für die Öffentlichkeit zu übernehmen. So bekamen die vergangenen 12 Jahre für mich einen Schwerpunkt, der herausfordernd und bereichernd war. Ich bereue diese Zeit keinesfalls.

Während der ganzen Zeit gehörte ich der Gesetzgebungs- und Redaktionskommission an. Hier wird jede Gesetzesvorlage vor der Schlussabstimmung redaktionell überarbeitet. Es werden Druck- und Grammatikfehler aufgespürt; es wird an schwer verständlichen Formulierungen gefeilt; es wird nach präziseren Ausdrücken gesucht ohne den Inhalt zu verändern; es wird die logische Abfolge der Paragraphen überprüft. Manchmal gelingt es, in sprachlicher Akrobatik einen komplizierten Sachverhalt einfacher zu formulieren. Ich hatte Freude an dieser Kommission, da ich grundsätzlich Spass an der Sprache habe.

Daneben nahm ich an vielen ad hoc-Kommissionen teil, welche jeweils für ein einzelnes Geschäft gebildet werden. Ich stellte mich besonders für Kommissionen zu Energiefragen zur Verfügung. Der Thurgau liegt bei der Förderung alternativer Energien schweizweit an vorderster Front. Es war spannend, an diesen Themen mitzuarbeiten. Kommissionssitzungen am Montagvormittag waren allerdings eine erhebliche Last. Dann in der Arztpraxis fehlen zu müssen, war besonders schwierig, da nach dem Wochenende oft dringende Konsultationen anstehen.

Besonders erwähne ich zum Schluss noch die vielen wertvollen Kontakte und Freundschaften, die sich innerhalb der Fraktion und auch im ganzen Grossen Rat in dieser Zeit ergaben.

urs-peter.beerli@evp-thurgau.ch

Nein zur Ecopop-Volksinitative *(Fortsetzung von Seite 1)*

Die Initiative heisst „Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen". 2013 betrug der Einwanderungsüberschuss in die Schweiz 82'800 Personen, nach Annahme der Initiative wären ab 2017 nur noch 17'000 erlaubt. Das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU und die bilateralen Verträge müssten gekündigt werden. Fehlende Fachkräfte könnten kaum mehr einwandern, da Flüchtlinge Vorrang haben.

Ist die Schweiz überbevölkert?
Die Schweizer Landwirtschaft kann nur 60% der benötigten Nahrungsmittel produzieren. Somit dürften nur 5 Millionen hier leben. Mitteleuropas Bauern produzieren aber Überschüsse, auch für uns. Bei den anderen Lebensgrundlagen sieht es gut aus. Die Luft ist sauber, die Wälder gesund, der Bodensee liefert Trinkwasser für Millionen, das Verkehrssystem funktioniert gut. All das ist nicht selbstverständlich. Einige Länder am Mittelmeer treiben Raubbau an ihren Wasserreserven.

Sind die vorgeschlagenen Massnahmen zeitgemäss?
Die Übergangsbestimmungen lassen keine Zeit für sanfte Massnahmen. Die Abschaffung der Pauschalbesteuerung und der Verzicht auf die Ansiedlung ausländischer Unternehmen würden den Bedarf an Arbeitskräften erst in 5-10 Jahren verringern. Die Ausbildung von mehr einheimischen Ärzten und Pflegerinnen dauert ebenfalls. Wir leben heute im Europa der offenen Grenzen. Die kann man nicht einfach dichtmachen wie in den 70er Jahren.

Wie bremst man das weltweite Bevölkerungswachstum?
Eine gute Ausbildung der Mädchen und zunehmender Wohlstand verringern die Anzahl Kinder pro Familie. Die reiche Schweiz müsste deutlich mehr Geld für die Entwicklungszusammenarbeit einsetzen.

Die EVP Schweiz lehnt die Initiative ab (67:7).

joerg.altorfer@evp-thurgau.ch

Aus der Bibel – für die Politik

Liebe Leserin, lieber Leser
„Ich werde euch geben, was recht ist". Das steht im Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg (Mt 21,1-16), wo auch die, die wenig geleistet hatten, einen Denar Lohn bekamen, grad so viel wie man zum Leben brauchte. Das soll jeder haben, und genau das ist auch recht so. Angebot und Nachfrage regeln vieles, aber leider nicht automatisch, dass jeder das Lebensnotwendigste hat. Der Markt kann auch nicht verhindern, dass die Umwelt, Tiere, Pflanzen, Erde, Luft, Wasser für immer ausgeplündert und zugrunde gerichtet werden, im Gegenteil. Dazu braucht es mehr denn je eine Politik, die sich am Gemeinwohl orientiert, so dass Staat und Wirtschaft den Menschen und überhaupt dem Leben dienen und nicht umgekehrt, was die grösste Herausforderung unserer Generation sein dürfte.

Gaby Zimmermann, kath. Theologin, Romanshorn

Anlässe zu aktuellen Themen

Zwei Einladungen

„Chancen der Genügsamkeit“

Die EVP Thurgau lädt zu einem offenen Diskussions- und Workshopabend ein. Eine Anmeldung ist nicht notwendig.

Do. 6. Nov. 2014, 19:15 - 21:45 Uhr, Berufsbildungszentrum Weinfelden, Haus A, Aula A015

Kurzreferate führen in die Themen ein. In Arbeitsgruppen werden gemeinsam mit EVP-Kantonsräten/innen Ideen entwickelt.

Inhalte der fünf Workshops:
Familie: Schwierige Bedingungen und zerfallende Strukturen – was setzen wir dem entgegen?
Wirtschaftswachstum: Zwischen Zwang und Freiheit. Wir gehen Begriffen wie Wettbewerb und Selbstregulierung nach.
Öffentliches Beschaffungswesen: Kriterien der Ressourcenschonung und der Gemeinwohlökonomie.
Raumplanungsgesetz und seine Folgen: Eine Änderung der Liegenschaften- zur Bodenwertsteuer wird vorgestellt u. diskutiert.
Altersdurchmischtes Wohnen: Warum... ...und wie sollte diese Lebensform gefördert werden.

Anreise: Am besten per Bahn. Auf dem Parkplatz des BBZ östlich des Gebäudes sind Gratisparkplätze vorhanden.
Auskunft: regula.streckeisen@evp-thurgau.ch, 071 477 21 36

„Vom Schönfärben bis zum Schwarzmalen“

Infoabend über die Erbschaftssteuerreform zu Gunsten der AHV

Mi. 19. Nov. 2014, 20:00 Uhr, Rest. Eintracht, 8536 Hüttwilen

Von rechtsbürgerlicher Seite wird der Initiative Wirtschaftsfeindlichkeit und Belastung der KMU-Betriebe sowie Angriff auf die Steuerhoheit der Kantone vorgeworfen. Für den Thurgauer Ständerat Roland Eberle steckt in dieser Initiative der Wolf im Schafspelz (Zitat Zeitung TGV Juni '14). Mit Hilfe von Rechtsanwalt Jürg Schlatter, Kreuzlingen, wollen wir den Wolf suchen.

Auskunft: peter.glatz@evp-thurgau.ch, 052 720 59 11

CHÄS RENZ

Ihr Raclette- und Fonduespezialist

Bankette und Partyservice
Feine Käsespezialitäten
Käseplatten nach Wunsch
Viele schöne Geschenkideen

Rathausstrasse 10 • 8570 Weinfelden • Tel + Fax 071 622 24 93
Di - Fr: 8 - 12 / 14 - 18:30 / Sa: 7:30 - 16 Uhr / Mo: geschlossen

Impressum

Herausgeber
EVP Kanton Thurgau,
www.evp-thurgau.ch

Redaktionsadresse / Inserate
Regula Streckeisen, Amriswilerstr. 20, 8590 Romanshorn,
redaktion@evp-thurgau.ch

Redaktionsteam
Jörg Altorfer (ja), Doris Günter (dg), Regula Streckeisen (rs), Andrea Witzsch (aw), Michael Zingg (mz)

Abonnement 15 Franken pro Jahr

Postkonto 85-1721-8,
IBAN CH83 0900 0000 8500 1721 8

Adressänderungen
antonia.alberts@evp-thurgau.ch,
Pestalozzistr. 8, 8590 Romanshorn

Auflage 3'000 Exemplare
Geht an die Mitglieder der EVP Thurgau und an Interessierte.

Erscheinungsweise vierteljährlich

Druck Brüggli Medien, Romanshorn

Feedback

Die EVP interessiert mich
☐ Senden Sie mir Unterlagen.
☐ Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

Folgende Person interessiert sich für das EVP-Info
☐ Senden Sie ihr das EVP-Info zu:
Name _____
Vorname _____
Adresse _____
PLZ Ort _____
Tel. _____
Mail _____

Das EVP-Info interessiert mich nicht
☐ Streichen Sie meine Adresse:
Name _____
Vorname _____
Adresse _____
PLZ Ort _____

Bitte kreuzen Sie Ihren Wunsch an und schicken Sie den Talon an die Redaktionsadresse im Impressum.

Das freut uns

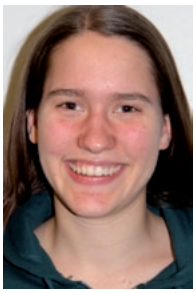
Nachwuchs ist gefragt ...auch in der EVP

Wir freuen uns sehr, dass wir ein neues Jung-Mitglied begrüssen dürfen. Pascale Leuch aus Kreuzlingen führt im Interview mit Andrea Witzsch aus, warum sie sich für die EVP entschieden hat.

Pascale, wie bist du zur EVP gekommen?
PL: Es war ein spontaner Entscheid, aber für mich war schon immer klar, dass ich mich politisch engagieren möchte, da mein Vater auch ein aktives Mitglied ist. Politik ist bei uns ein Tisch-Thema. Ich habe mir ein politisches Profil erstellen lassen und ganz erstaunt festgestellt, dass mir die EVP als erste Partei vorgeschlagen wurde. Gesagt getan, habe ich mich auf der Internetseite der „jevp" genauer informiert und gleich als Mitglied angemeldet.

Was ist wichtig für junge Leute in einer Partei?
PL: Eine gute Gemeinschaft und persönliche Beziehungen zu den anderen Mitgliedern. Auch dass sie eine kleine Aufgabe haben, wie z. B. helfen beim Aufhängen von Plakaten. Wenn wir dann noch Essen gehen, kommt das sehr gut an! Man muss bei den jungen Leuten manchmal das Talent „hervorkitzeln", vielleicht sind sie ja ganz begabt im Kreieren von Plakaten, im Finden von ansprechenden Wahlsprüchen usw. und haben nicht den Mut, das selbst zu sagen.

Hast du gerade ein bestimmtes politisches Anliegen?
PL: Nicht direkt ein politisches Anliegen. Es ist mir sehr wichtig, dass wir unsere christlichen Werte nicht nur politisieren, sondern auch leben. Dem geht nach meiner Meinung eine persönliche Beziehung zu Jesus Christus voraus, der uns diese Werte vorgelebt hat.



Pascale Leuch, Pflegefachfrau in Ausbildung, Kreuzlingen

Termine 2014/15

6.11.	19:15 Genügsamkeit: Diskussions- und Workshopabend (siehe S. 5)
7.11.	19:00 Fondueplausch, Hermannstrasse 10, Weinfelden
14.11.	19:30 Stamm Rest. Bellevue, Arbon
19.11.	20:00 Infoabend Erbschaftssteuerreform, Hüttwilen (siehe S. 5)
29.11.	DV der EVP CH in Herisau
9.1.	18:30 Neujahrsapéro, EMK Romanshorn
14.1.	Infoabend Erbschaftssteuerreform, Steckborn (wie S. 5)
19.1.	19:30 Parteiversammlung EVP TG
24.1.	Strategietag EVP CH
23.2.	19:30 JV Orts- und Bezirkspartei Weinfelden
24.2.	Vortragsabend „Die Macht ökonomischen Denkens"

Chancen der Genügsamkeit

Aus Umweltschutzgründen starteten wir nach der Heirat einen einjährigen Versuch ohne Auto. Das Ruhigere und Langsamere erlebten wir als Bereicherung und so sind daraus schon 31 Jahre geworden.
Klar wäre es manchmal bequem, mit dem Auto noch schnell da oder dorthin zu fahren. Genau das sehen wir auch als Chance, mal was auslassen, ganz nach dem Motto: Qualität statt Quantität. Ein mini-el (kleines dreirädriges Elektromobil) hat uns 23 Jahre lang zur Arbeit, zum Einkauf und mit den Kleinsten zum Bahnhof begleitet. Bei lieben Nachbarn und Freunden können wir mitfahren oder ein Auto ausleihen wenn es notwendig ist. Ferienreisen, auch ins Ausland, unternehmen wir immer mit der Bahn.
Unsere fünf inzwischen erwachsenen Kinder sind mit Velos aufgewachsen und offenbar gut damit zurecht gekommen. Vier von ihnen haben heute auch kein Auto.

Marianne und Beat Meier, Egnach

Bettagsfeier in Arbon 2014

Bereits zum zweiten Mal luden Stadtrats- und Parlamentsmitglieder aller Parteien zur Bettagsfeier ein, diesmal in der evangelischen Kirche. Sie legten der Feier wiederum ihr Manifest zugrunde, welches mit den Worten beginnt: „Im Bewusstsein der Präambel unserer Bundesverfassung und der Glaubensfreiheit in der Schweiz erachten wir es als grosses Geschenk,

- dass die Mehrheit der Menschen in unserem Land sich zu Gott bekennt
- dass die Schweiz und unsere Stadt öffentlich und mutig bekunden, dass sie sich unter Gottes Segen stellen wollen
- dass in unserem Land und in unserer Stadt ein ständiges Suchen nach Ausgleich und Verständnis unter den verschiedenen kulturellen, politischen und religiösen Gruppierungen möglich ist."

roman.buff@evp-thurgau.ch

Parolen EVP CH für den 30.11.2014

Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung	JA
Ecopop-Initiative	NEIN
Gold-Initiative	NEIN

EVP Info Thurgau

Post CH AG

AZB
9220 Bischofszell